

## Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 09.02.2010

### Europa bewusst machen - Sozialrechte stärken

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Die Geschicke der Menschen werden zunehmend von der Europäischen Union gelenkt. Das gilt für die Gesetzgebung ebenso wie für die Rechtsprechung in fast allen relevanten Lebensbereichen. Dennoch bleibt Europa für breite Bevölkerungsschichten ein schwer greifbares und abstrakt wirkendes Konstrukt. Diese deutliche Kluft zwischen der politischen Relevanz der Europäischen Union und ihrer Wahrnehmung durch die Menschen ist vielfältig kritisiert worden. Die Konstanz dieses Phänomens muss politische Konsequenzen haben.

Auf der Europaministerkonferenz vom 12. November 2009 wurde mit Tagesordnungspunkt 5 das Thema „Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Europawahlen 2009“ unter niedersächsischer Berichterstattung behandelt. Im dazugehörigen Beschlusstext wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, öffentlichkeitswirksame Maßnahmen vor EU-Wahlen künftig frühzeitiger zu beginnen (Nr. 3), die EU den Bürgerinnen und Bürgern „mittels zielgruppenorientierter Kampagnen kontinuierlich und nachhaltig näher zu bringen“ (Nr. 4), sowie dazu beizutragen, dass lokale und regionale Bezüge der EU-Politik stärker transparent gemacht werden (Nr. 6).

Das diesbezügliche Engagement war in Niedersachsen bislang schwerpunktmäßig auf die Wahljahre fokussiert. Was nicht zuletzt an den schwankenden Zuweisungen von Landesmitteln an das Europäische Informationszentrum zum Ausdruck kommt.

Der Landtag stellt fest:

1. Die Wahlbeteiligung bei Europawahlen in Niedersachsen war - im Vergleich zu Bundestagswahlen - stets gering und lag bei den letzten beiden Wahlen zum Europäischen Parlament lediglich in Höhe von etwa 40 %.
2. Die mangelnde Einbindung der Bevölkerung beeinträchtigt die demokratische Legitimität der EU-Politik.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. zur Verbesserung der Akzeptanz des Europagedankens in allen Teilen der Bevölkerung im europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung geeignete Programme zu entwickeln, mit denen das Land dem Anliegen der Europäischen Union gerecht werden kann.
2. sich mittels Bundesratsinitiativen für soziale und ökologische Mindeststandards in der Europäischen Union einzusetzen.
3. ein Konzept für einen umfassenden, flächendeckenden Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit zur Europäischen Union zu entwerfen und noch in diesem Jahr vorzulegen.
4. dieses Konzept im Kern darauf auszurichten, die europäischen Gremien und ihre Arbeit transparent zu machen und eine politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene stärker zu forcieren.

5. in diesem Konzept ferner einen Schwerpunkt auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit der Zielrichtung zu legen, das Interesse an der EU-Politik zu wecken, interkulturelle Kompetenzen zu stärken und grenzüberschreitende Begegnungs- und Ausbildungsangebote auszubauen und zu bewerben. Hier bieten sich Kooperationen zwischen Jugendverbänden, Schulen und dem Europäischen Informationszentrum an.
6. das pädagogische Unterstützungsangebot für Schulen auszubauen und die bewährten Plan-spiele des Europäischen Informationszentrums flächendeckend und für alle Schulformen anzubieten. Entsprechende Landesmittel sind hierfür vorzuhalten.
7. Medienpartnerschaften im Bereich journalistischer Berichterstattung zum Thema Europa gezielt auszubauen.

#### Begründung

Im Ratifizierungsprozess des Lissabon-Vertrages blieb die Forderung von europäischen Gewerkschaften und Sozialverbänden nach einer Sozialen Fortschrittsklausel unberücksichtigt. Mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages hat sich indes der Anteil der mitentscheidungspflichtigen Rechtsakte für das EU-Parlament deutlich erhöht. Dieser Erweiterung der Rechte des EU-Parlamentes entgegenlaufend, hat sich der Abwärtstrend der Wahlbeteiligung fortgesetzt. Die auf den ersten Blick konstante Wahlbeteiligungsquote zwischen 2004 und 2009 ist in Deutschland auf parallel stattfindende Kommunalwahlen in sieben Bundesländern zurückzuführen. Doch lässt sich hierdurch nicht die Tatsache schmälern, dass sich die Wahlbeteiligung von 65,7 % in 1979 auf nunmehr 43,3 % in 2009 drastisch reduziert hat. In Niedersachsen lag die Wahlbeteiligung 2009 - ohne parallel stattfindende anderweitige Wahlen - bei lediglich 40,5 %. Die geringe Wahlbeteiligung, die im restlichen Europa zum Teil noch niedriger ist (Niederlande 36,8 %, Großbritannien 34,7 % und Tschechien 28,2 %), kann dabei nur als ein Symptom gewertet werden, dessen Kern in einer mangelnden Rückkopplung zwischen Politik und Bevölkerung liegt. Mehr Transparenz, eine Stärkung der Sozialpolitik und umfangreichere direkte Beteiligungsmöglichkeiten würden hingegen eine positive Identifikation mit der Europäischen Union fördern. Hierbei dürfen sozial benachteiligte und sogenannte bildungsferne Schichten nicht ausgegrenzt werden.

Die oben genannten Aspekte der Europaministerkonferenz dürfen nicht bloße Absichtserklärung bleiben. Niedersachsen sollte die Chance ergreifen, Vorreiter für eine europabezogene Transparenzinitiative zu sein.

Christa Reichwaldt  
Parlamentarische Geschäftsführerin